

# Die Wahlprogramme im Vergleich

		Bündnis 90/Die Grünen	SPD	FDP	CDU/CSU
<b>Mietrecht</b>	Bundesweite Deckelung der Mieten	Ja, Bundesgesetz für regionale Mietobergrenzen für alle Wohnungen	Ja, regionales Mietenmoratorium – Mieten sollen eingefroren werden	Nein, kein Mietendeckel	Nein, kein Mietendeckel
	Mietpreisbremse	Mietpreisbremse unbefristet gelten lassen und weitere Verschärfung	Mietpreisbremse unbefristet gelten lassen und weitere Verschärfung	Abschaffung der Mietpreisbremse	Keine Veränderung der geltenden Mietpreisbremse
	Mieterhöhungen	Modernisierungsmieterhöhung auf höchstens 1,50 Euro pro qm begrenzen  Mieterhöhung nach Mietspiegel auf maximal 2,5 % pro Jahr begrenzen	Modernisierungsmieterhöhung von 8 % auf 4 % einschränken		
	Mietspiegel	Vergleichsmiete senken, indem die Mieten der letzten 20 Jahre berücksichtigt werden (heute: 6 Jahre)  Einführung eines Mietspiegels für Gewerbe zur Begrenzung der Miethöhe	Vergleichsmiete senken, indem die Mieten der letzten 8 Jahre berücksichtigt werden (heute: 6 Jahre)  Einführung eines Mietspiegels für Gewerbe zur Begrenzung der Miethöhe		
	Wohnungstausch	Mietern den Tausch von Wohnungen ohne Zustimmung des Vermieters erlauben			
<b>Steuern</b>	Energetische Sanierung	steuerliche Förderung energetischer Sanierungen für Selbstnutzer			steuerliche Förderung für vermietete Immobilien verbessern
	Erbschaftsteuer	Erbschaften umfassender besteuern, indem Ausnahmen verboten werden	Reform der Erbschaftsteuer, leistungsloses Vermögen (Erbe) abschöpfen	keine Verschärfung, Administrierbarkeit und Kosten-Nutzen-Verhältnis prüfen	
	Grunderwerbsteuer	keine Umgehung mit Share Deals, den Bundesländern ermöglichen, den Steuersatz für Selbstnutzer zu senken	Share Deals beenden	Missbrauch durch Share Deals verhindern, wiederauffüllbarer Freibetrag bis zu 500.000 Euro für selbstgenutztes Wohneigentum	Bundesländern einen Freibetrag von 250.000 Euro für Erwachsene plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum erlauben
	Grundsteuer	Abschaffung der Umlagefähigkeit – Grundsteuer muss vom Vermieter bezahlt werden			
	Haushaltsnahe Dienstleistungen		besondere Absetzbarkeit, wenn familien- oder pflegebezogen	Absetzbarkeit verbessern	Absetzbarkeit verbessern
	Mietwohnungsneubau			Erhöhung der linearen Abschreibung von zwei auf drei Prozent	steuerliche Förderung über 2021 hinaus verlängern
	Verkaufsgewinne bei Immobilien	Abschaffung der zehnjährigen Frist, d. h. immer volle Besteuerung für alle Immobilien	Abschaffung der zehnjährigen Frist, d. h. immer volle Besteuerung nur für vermietete Immobilien		
	Vermögensteuer	Einführung einer Vermögensteuer für Vermögen größer als 2 Mio. Euro, Steuersatz pro Person 1 % pro Jahr	Einführung einer Vermögensteuer für „sehr hohe“ Vermögen	keine Vermögensteuer, keine Vermögensabgabe	keine Vermögensteuer

		<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>CDU/CSU</b>
<b>Energie- und Klimapolitik</b>	EEG-Umlage	Senkung der EEG-Umlage	Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025	EEG-Umlage abschaffen	EEG-Umlage (und langfristig die Stromsteuer) soll abgeschafft werden
	CO <sub>2</sub> -Preis	CO <sub>2</sub> -Kosten der Mieter muss der Vermieter zahlen	CO <sub>2</sub> -Kosten der Mieter muss der Vermieter zahlen		CO <sub>2</sub> -Preis soll zwischen Mieter und Vermieter geteilt werden
		CO <sub>2</sub> -Preis soll 2023 60 Euro betragen			
	Mieterstrom	Mieterstromregelungen sollen vereinfacht werden			Mieterstrom soll besser gefördert werden
	Förderung	Investitionsprogramm für 2 Mio. Wärmepumpen bis 2025			bessere Förderung auch kleiner Modernisierungsmaßnahmen
	Ziele	strenge Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO <sub>2</sub> -Reduktionszielen und Produktstandards			
1 Mio. neue Solardächer in 4 Jahren		5 Mio. Gebäude bis 2030 mit Wärmepumpen ausstatten			
<b>Bauen</b>	Baurecht/Bauantrag			Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen	Anzahl der Bauvorschriften halbieren
				Bauordnungen harmonisieren	
				Digitalen Bauantrag einführen	
	Baukosten			Baukosten-TÜV, um Kostensteigerungen zu reduzieren	
	Immobilienregister	Einführung eines Immobilienregisters, damit die Eigentümer aller Immobilien für jedermann erkennbar sind	Einführung eines Immobilienregisters, damit die Eigentümer aller Immobilien für jedermann erkennbar sind		
	Bauland/-flächen	Flächenverbrauch reduzieren	kommunales Bauland soll nicht mehr verkauft werden; Bürger dürfen nur noch Erbpacht erhalten	Aktivierung von mehr Bauland	mehr Brachflächenentwicklung
		Nachverdichtung statt neuer Flächen	mehr öffentliches Eigentum	Vereinfachung von Dachausbau und -aufstockung	Dachgeschossauf- und -ausbau vereinfachen
Baupflicht	Baupflicht auch für private Eigentümer auf unbebauten Grundstücken				
Vorgaben	Baustandard KfW 4 für Neubauten und KfW 55 bei Sanierungen; Verpflichtender Sanierungsfahrplan bei Eigentümerwechsel				
<b>Wohneigentumsbildung</b>	Makler	Bestellerprinzip beim Kauf			
		Maklercourtage maximal 2%			
	Mietkauf	Mietkauf stärken	Mietkauf stärken		Unterstützung von Mietkaufmodellen
Förderung	Keine Förderung von privatem Eigentum, sondern Stärkung von Genossenschaften	Programm „Jung kauft Alt“ und Stärkung nur von genossenschaftlichem Wohnen		Bildung von Wohneigentum soll erleichtert werden; Baukindergeld verlängern	
<b>Stadtentwicklung</b>	Planung			Baulücken- und Potenzialflächenkataster	Innenstadtfächen schneller entwickeln und bebauen flexible Baulandausweisung durch Kommunen
	Internet	ländliche Räume stärken; u. a. mit einem Rechtsanspruch auf schnelles Internet	Versorgung aller Haushalte mit mindestens 1 Gbit/s		
	Förderung				Förderung von Dorfkernsanierungen
	Erhaltungssatzungen			Erhaltungssatzungen einschränken	